Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 6gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Ecke Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 424. Halle, Mittwoch, den 10. September. 1919.

Die U. S. P. und die politische Lage.

Haase über die politische Lage.

WTB. Berlin, 10. September. In der gestrigen Nachmittagssitzung der Reichskonferenz der unabhängigen Sozialdemokraten führte Haase laut „Freiheit" zu dem Thema „Politische Lage" aus: Die Regierung, die sich nur mit Hilfe des Belagerungszustandes auf der Macht erhalten, behauptet zwar die vollendete Demokratie zu repräsentieren, sie stelle aber nur eine

verkappte Diktatur der herrschenden Klassen

dar. Im Proletariat sei eine gewisse Gleichgültigkeit eingetreten und die Kommunisten hätten richtig ein Abflauen der revolutionären Stimmung erkannt. Die wirtschaftliche Not könne zwar zu einer verschärften Revolutionsphase führen, man müsse aber auch mit einer längeren Dauer des Tiefstandes der revolutionären Bewegung rechnen. Daher dürfe die Partei die parlamentarische Wirksamkeit nicht aus der Hand geben und

die Wahlen keineswegs boykottieren.

Solange die jetzige Gesellschaftsklasse bestehe, müßte man durch Mitarbeit im Parlament dem Proletariat möglichst günstige Kampfbedingungen zu schaffen suchen. Was die Beteiligung an der Regierung beträfe, so sei für die Partei auf dem Boden der jetzigen Verfassung

an ein Mitarbeiten in der Reichsregierung nicht zu denken.

Einer möglichen (!) Aufforderung der Rechtssozialisten zur Beteiligung an der Regierung gegenüber könne es sich unter Umständen empfehlen, ihnen Bedingungen zu stellen, das heißt, ihnen das volle Parteiprogramm zur Annahme zu unterbreiten. Das sei aber nur eine Formfrage, da

die Ablehnung von vornherein feststehe.

Die Aufgabe der Partei müßte es sein, das revolutionäre Bewußtsein zu stärken und die Lage im Interesse des revolutionären Zieles auszunützen.

Für die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Berlin, 10. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Am 17. d. M. werden die Inhaber von Berliner Ladengeschäften eine große Versammlung abhalten, die die Forderung auf Aufhebung der Zwangswirtschaft oder wenigstens auf schleunigen Abbau der gebundenen Wirtschaft erheben soll. Zum größeren Ausdruck ihrer Gegnerschaft gegen die herrschende Zwangswirtschaft wollen die Teilnehmer an der Demonstration an dem genannten Tage von 10 bis 4 Uhr die Läden schließen.

Schwere Unruhen in Glogau.

7 Tote, zahlreiche Verletzte.

Breslau, 10. September. (Eig. Drahtnachricht.) Zu schweren blutigen Exzessen kam es gestern abend in Glogau im Anschluß an ein gewaltsames Vorgehen des Publikums gegen die hohen Preise für Obst und Gemüse auf dem Glogauer Wochenmarkt. Eine Anzahl von auswärts gekommener Leute und Bahnarbeiter rottete sich nachmittags vor einem Geschäftslokal, dem größten Lebensmittelgeschäft Glogaus, zusammen. Bis zum Abend gelang es, die Menge vor Ausschreitungen zurückzuhalten. Als die Haltung immer bedrohlicher wurde, wurde Militär aufgeboten, das von der wütenden Menge angegriffen wurde. Einem Soldaten wurde das Gewehr entrissen und er selbst erschossen. Darauf wurde der Befehl zum Scharfschießen gegeben. Mit Maschinengewehren und Handgranaten wurden die Straßen gesäubert, wobei es nach den bisherigen Feststellungen ungefähr 7 Tote und zahlreiche Verletzte gab. Wie wir erfahren, ist die Stadt heute morgen ruhig.

Der Abtransport der Gefangenen aus Amerika.

Berlin, 10. September. (Eigene Drahtnachricht.) Heute vormittag fand im Kriegsministerium eine Besprechung wegen des Rücktransportes der deutschen Kriegsgefangenen statt. Wie der Neuen Berliner Ztg. dazu mitgeteilt wird, haben die Amerikaner die deutsche Regierung verständigt, daß mit Beginn der nächsten Woche die in Amerika lebenden deutschen Kriegsgefangenen nach Deutschland entlassen werden. Der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Amerika wird am 13. und 17. September erfolgen. Es handelt sich um etwa 25 000 bis 30 000 Kriegsgefangene.

Dewet für die Rückgabe der Kolonien an Deutschland.

WTB. Amsterdam, 10. Sept. „Daily Telegraph" meldet aus Kapstadt: General Dewet habe durch Vermittlung des nationalistischen Organs „Volksblad" in Bloemfontein ein Manifest veröffentlicht. Er wolle über die ungesetzliche Eroberung von Deutsch-Südwest- und Ostafrika nicht länger schweigen, und er müsse jetzt, wo Botha tot sei, zu seinem Leidwesen mit der nackten Wahrheit herausrücken. Die wirkliche Ursache für den Aufstand von 1914, an dem er teilgenommen habe, sei der ungerechtfertigte Angriff auf das deutsche Gebiet gewesen, und er beabsichtige deshalb eindringlich an das Volk von Südafrika zu appellieren. Es möge die Regierung zwingen, die deutschen Kolonien ihren rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben. Er würde das nicht getan haben, wenn nicht die von Botha und Smuts sofort nach ihrer Rückkehr aus Europa verkündete Amnestie noch immer nicht durchgeführt wäre. Dewet erklärte öffentlich, er werde, obwohl noch interniert, die Regierung nicht noch einmal um Erlaubnis fragen, wenn er seinen Distrikt zu verlassen wünsche.

Die neue Forderung der Entente.

WTB. Paris, 9. Sept. (Havas.) Den Blättern wird gemeldet, daß der Oberste Rat, der die deutsche Antwort auf die Forderung der Entente nach Beseitigung des Artikels 61 der deutschen Verfassung als ungenügend erachtet, beschlossen habe, die Beseitigung des Artikels neuerdings zu verlangen. Eine in diesem Sinne gehaltene Note würde heute, Dienstag, abgefaßt werden.

Smuts für Ratifizierung.

WTB. Amsterdam, 10. Sept. Die englischen Blätter vom 8. September veröffentlichen ein Reutertelegramm aus Kapstadt vom 5. September, wonach der Premierminister General Smuts die Absicht habe, am Montag im Abgeordnetenhause eine Entschließung einzubringen, in der der König ersucht wird, den Friedensvertrag im Namen der südafrikanischen Union zu ratifizieren. Er werde auch eine Gesetzesvorlage zur Ausführung derjenigen Bestimmungen des Vertrages einbringen, die die südafrikanische Union betreffen, namentlich was das Mandat für Deutsch-Südwestafrika betrifft.

Teure amerikanische Kohlen.

Berlin, 10. September. (Eigene Drahtnachricht.) Von der Kohlenstelle Groß-Berlin erfahren wir, daß die Meldung der Frankfurter Zeitung über die Einfuhr von amerikanischer Kohle nach Deutschland zutrifft. Die Kohle wird jedoch außerordentlich teuer sein. Von anderer Seite werden Preise genannt, die zwischen 350 und 450 Mark pro Tonne liegen.

Die Verschwörung in Egypten.

WTB. Amsterdam, 10. Sept. „Times" melden aus Kairo, der Mann, der den Anschlag auf den ägyptischen Ministerpräsidenten verübte, habe 14 Mitschuldige angegeben, von denen drei in Haft seien. Bei einer Untersuchung seien in einem Haus in Delta noch zwei Bomben gefunden worden.

Ein englisches Geschwader nach Kronstadt unterwegs.

Kopenhagen, 10. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Ein englisches Geschwader, bestehend aus zwei Transportschiffen, zwei leichten Kreuzern und sieben Unterseebooten, lief gestern früh von der Nordsee in den Kattegatt ein und setzte seine Fahrt in südlicher Richtung fort. Man darf annehmen, daß das Geschwader zur Flottenabteilung vor Kronstadt stoßen soll, wo große Aktionen im Gange sind.

Eine neue Wilson-Rede.

WTB. Amsterdam, 10. Sept. Den englischen Blättern vom 8. September zufolge erklärte Wilson in einer Rede in St. Louis: Wenn die Vereinigten Staaten dem Völkerbund beitreten, würden sie der erste Teilhaber und der finanzielle, wirtschaftliche und kaufmännische Führer des Bundes werden. Wenn sie aber den Vertrag ablehnen, so würden sie in der Welt allein dastehen.

In Sioux Fall verlangte Wilson, daß Amerika jetzt, wo das Schicksal der Menschheit in Frage stehe, die Führung übernehme. Er habe aus Europa einen Vertrag mitgebracht, durch den Deutschland entwaffnet werde und in dem alle anderen Völker der Welt übereinkämen, niemals wieder einen Krieg zu beginnen. Während der letzten zwei Wochen habe sich die deutschfreundliche Stimmung in den Vereinigten Staaten wieder bemerkbar gemacht und alle Elemente der Unordnung trachteten zu verhindern, daß in die Angelegenheiten der Welt wieder Beständigkeit komme. Das deutsche Element trachte dadurch, daß es das amerikanische Volk vom Völkerbund fernhalte, das zu ermöglichen, was Deutschland in dem großen Kriege zu tun versucht habe.

In Oklahoma sagte der Präsident, England und Frankreich seien durch einen vor der Pariser Konferenz abgeschlossenen Vertrag verpflichtet, Japan das zu geben, was es im Friedensvertrag erhalte. Die beiden Länder könnten ihr Versprechen nicht zurückziehen und würden auf seiten Japans stehen. Wenn Amerika den Vertrag nicht unterzeichne, so werde Japan in Schantung alles erhalten, was Deutschland besaß und mehr, als es nach den den Vereinigten Staaten gemachten Versprechungen haben würde. Es würde nur einen Weg geben, um Japan daran zu verhindern, nämlich den Krieg mit Japan und Großbritannien.

Unterseebootsbau und Unterseebootskrieg.

III.

Am 20. Februar 1914 lobte der Führer der Nationalliberalen Bassermann die „große Vorsicht" des Staatssekretärs v. Tirpitz bei der Entwicklung des Unterseebootswesens.

So ging die falsche Einschätzung dieser Waffe im Parlament und in der Presse bis in den Krieg hinein. Alles war geblendet von dem Glanz der Hochseeflotte und von der Dauerreklame Interessierter und Idealisten. Das Marine-Nachrichtenbureau half durch geschickte Beeinflussung. Die Fortschrittler waren bei seiner Ablehnung in der Minderheit geblieben.

Herr v. Tirpitz kannte besser als andere Minister die Macht der Presse; er behandelte die Großmacht klug und konsequent. So beherrschte er die gesamte öffentliche Meinung. Jede Kritik war machtlos. Auch alte Bismarck-Freunde vergaßen vollkommen, sich Bismarcks Ansicht über die Flotte ins Gedächtnis zurückzurufen. Im Hochsommer 1897 sagte er:

„In den Zeitungen wird unaufhörlich über die Vermehrung unserer Flotte gestritten. Was nötig ist, muß bewilligt werden. Ich glaube, daß wir neue Kreuzer brauchen, aber bin mißtrauisch gegen Paradeschiffe, die nur zur Markierung von Prestige dienen sollen, und die man, wenn die Sache ernst wird, mitunter „Lügenschiffe" nennen muß, weil sie nichts leisten. Auf absehbare Zeit bleibt für uns das wichtigste ein starkes Heer. Das war auch Moltkes Meinung. Ueber unseren Kolonialbesitz entscheiden Schlachten, die wir auf dem europäischen Festland auszufechten haben werden. Also keine Knauserei, aber auch keine phantastischen Pläne, über die wir uns dann schließlich noch mit anderen für unsere europäische Situation wichtigen Leuten verzanken."

Und als Hohenlohe für eine stärkere Flotte eintrat, die dem Angreifer auf hoher See die Spitze bieten könne, äußerte Bismarck, „ich möchte wissen, an welchen Angreifer gedacht wird. Hoffentlich nicht an einen, der's erst werden könnte, wenn undeutsche Prestigesucht und eine als Feindschaftszeichen zu deutende eilige Seerüstung ihn einer gegen uns geschaffenen Koalition zutriebe".

Bismarck hat sich mit diesen Worten sowohl hellsehserisch wie als kluger „Verständungspolitiker" erwiesen.

Unsere große, stolze Flotte hat ihre Aufgabe, England gegenüber den Frieden zu sichern, unsern Seehandel und unsere Kolonien zu schützen, nicht erfüllen können.

Der Schöpfer und Organisator dieser Flotte, Staatssekretär Tirpitz, reichte am 15. März 1916 seinen Abschied ein.

Am 5. April 1916 erklärte der neue Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Capelle in der Budgetkommission des Reichstags:

„Ich muß den Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei den Herren Leonhart, Dr. Struve und Gothein zugestehen, daß sie mit ihrer früheren Voraussage bezüglich der großen Bedeutung der Unterseeboote recht behalten haben, recht behalten gegenüber allen damals vorliegenden sachmännischen Erfahrungen. Ich gebe gern zu, daß das für die Herren eine große Befriedigung ist und sein kann. Dieses große Vertrauen auf die Unterseeboote war wohl zum Teil darin begründet, daß die Herren den unbegrenzten Möglichkeiten unserer technischen Entwicklung mehr als wir vertrauten. Vielleicht aber, möchte ich glauben, ist es doch auch nur instinktiv gewesen."

Leider ist auch Herr v. Capelle den U-Booten nicht gerecht geworden. Herr v. Tirpitz blieb ein Gegner — und ein Nichtkenner der U-Boote bis in den Krieg hinein. Beweis: Sein Interview mit dem Amerikaner v. Wiegand. Am 21. Dezember 1914 erschien über das Gespräch, das einen Monat früher stattgefunden hatte, ein langer Bericht in der ganzen deutschen Presse. Der Staatssekretär sagte da u. a.:

„Daß die U-Boote ein neues und großes Kampfmittel in der Seekriegführung sind, ist nicht zu bestreiten. Wir glaubten früher, sie könnten kaum länger als drei Tage von ihrer Basis fortbleiben, da die Bemannung dann erschöpft sein müßte."

Mit diesen Worten spricht Herr v. Tirpitz selbst das schärfste Urteil über seine U-Boot-Politik aus, schärfer, als je seine Kritiker es tun konnten. Denn er erklärt mit dürren Worten und, wie sein Ausfrager urteilt, „mit einer bisher unbekannten Offenheit", daß er noch im Kriege keine Ahnung von den Verwendungsmöglichkeiten der U-Bootwaffe gehabt hat, und daß er sie während seiner langen Dienstzeit nicht genügend hat ausprobieren lassen. Ohne Feststellung der Leistungsfähigkeit der Boote im Frieden konnte weder ein richtiger Verwendungsplan im Kriege, noch der Umfang der Bootsbeschaffung festgesetzt werden.

Ebenso befremdend klingen die anderen Sätze des Herrn v. Tirpitz: Man dürfe indes nicht vergessen, daß die U-Boote am besten an den Küsten und flachen Gewässern operieren, und daß aus diesem Grunde der englische Kanal besonders dafür geeignet sei. Es sei noch eine Frage, ob die U-Boote sich in anderen Gewässern so ausgezeichnet hätten halten können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190910033/fragment/page=0001

Tatsächliches Wissen, Vertrautheit mit den U-Booten klingt aus diesen Worten nicht heraus!

Man sieht, Herr v. Tirpitz ist sich in der verkehrten Einschätzung der U-Bootwaffe von 1904 bis 1914 nur zu treu geblieben.

Herr v. Tirpitz bestellte noch 1913 ganze drei U-Boote; 1914 bis 1. August ein U-Boot. Und als der Krieg plötzlich da war, schwammen nur fünf gute Dieselboote! Mehr nicht!

Als im März 1916, sofort nach Tirpitz' Abgang, seine Freunde den rücksichtslosen U-Boot-Krieg forderten, da waren auf der Westküste Englands für eine Längenausdehnung von 600 Seemeilen ständig kampfbereit nur — drei U-Boote. Das war Tirpitz' Leistung und — Ende.

Die Kosten der Soldatenräte.

Dem Drängen der Natinalversammlung nachgebend, hat der Finanzminister jetzt eine Denkschrift über die Finanzgebarung der Arbeiter- und Soldatenräte bis zum 31. März herausgegeben. Die Angaben sind aber noch nicht vollständig. Die Ausgaben betragen für das Ersatzheer rund 84 Millionen Mark, für das Feldheer rund 8 Millionen Mark, zusammen 92 Millionen Mark, darunter befinden sich Mehrkosten durch Zahlung höherer Gebührnisse, Ausgaben für Parteizwecke und andere nicht zulässige Ausgaben von rund 37 Millionen Mark. Bei der Marine werden die Gesamtkosten auf annähernd 10 Millionen geschätzt. Die Reichsbankstellen einer großen Zahl von Städten haben sich Eingriffe der A- und S-Räte ohne vorhandene Deckung gefallen lassen müssen. So mußten in Spandau Schecks des A- und S-Rates in Höhe von 200 000 und 600 000 Mark honoriert werden, in Saarbrücken wurde eine Million Mark vom „Intendanten des A- und S-Rates" beschlagnahmt. Die Mitteilungen über die den Bundesstaaten entstandenen Kosten können auch kein vollständiges Bild geben, nur allem, da einige von ihnen noch keinerlei zahlenmäßige Angaben gemacht haben, z. B. Sachsen, Bayern und Braunschweig. Die bisher mitgeteilten Kosten belaufen sich auf etwa 22 Millionen Mark.

Frankreich und die Kaiserverfolgung.

Genf, 10. Septbr. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Pariser Meldungen antwortete der Minister des Aeußern Pichon im Kammerausschuß auf eine Frage Tardieus, daß Frankreich von einem Verzicht der Alliierten auf Strafverfolgung Wilhelms II. nicht bekannt sei. Im Rate der Alliierten sei der frühere Beschluß, den deutschen Kaiser zur Verantwortung zu ziehen, bis jetzt nicht aufgehoben worden.

Drei Milliarden für Kriegsgefangene.

Für die heimkehrenden deutschen Kriegsgefangenen sind vom Reiche vorläufig drei Milliarden Mark als erste Rate zur Verfügung gestellt worden.

Vom 7. September wird aus Paris drahtlos gemeldet: Im Laufe des September werden acht deutsche Schiffe mit russischen Kriegsgefangenen nach Sibirien auslaufen. Von dort werden sie auf ihrer Rückfahrt deutsche Kriegsgefangene befördern, die im Februar 1920 erwartet werden. Einige andere deutsche Schiffe laufen nach Asien aus, um dort ebenfalls deutsche Kriegsgefangene abzuholen.

Die schweren Gefahren im Osten.

Wie von der Ostgrenze gemeldet wird, stehen an der posenschen Front drei polnische Armeekorps. Von mehr als 30 deutschen Gemeinden der gefährdeten Ostgebiete sind der Reichsregierung dringende Hilferufe nach Verstärkung des Grenzschutzes zugegangen.

Nach einer Havas-Depesche aus Warschau erklärte General Dupont, der am 4. September in Sosnowice ankam, daß er noch am selben Tage nach Paris telegraphiert habe, um eine so fortige Besetzung Oberschlesiens durch Ententetruppen durchzusetzen. Er empfahl den Aufständischen Geduld zu haben, weil die Besetzung technischer Schwierigkeiten wegen erst in einigen Wochen durchgeführt werden könne.

„Republik Birkenfeld."

Berlin, 10. Sept. Laut „Lok.-Anz." erklärt die „Regierung" der „Republik" Birkenfeld eine Kundmachung, wonach die bisherige Provinz Birkenfeld des Reichsstaates Oldenburg sich von diesem loslöst und sich als selbständige Republik im Verbande des Deutschen Reiches erklärt. Die „Regierung" setze sich zusammen aus: Ludwig Zeeller als Präsident, sowie aus Hubert Eisel und Wilhelm Hauth. Die bisherigen Staatseinrichtungen bleiben bestehen. Die Beamten bleiben im Amt. Bürgermeister Schmidt und fünf andere Personen wurden aus Birkenfeld ausgewiesen, weil sie ihre Entlassungsgesuche nicht zurückziehen wollen. Ueber die Zeitungen wurde Vorzensur verhängt.

Spartakus in Chemnitz.

Nach dem „L.-A." sind aus Anlaß der Chemnitzer Unruhen bisher gegen 40 Personen wegen Plünderungen, Mißhandlungen usw. verhaftet worden. Es werden immer neue Fälle angezeigt.

Die neue Verteuerung auf der Eisenbahn.

Ein Entwurf über Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen wird der Preußischen Landesversammlung demnächst zugehen, während es für die Erhöhung der Personen- und Gepäcktarife einer gesetzlichen Regelung nicht bedarf. Ueber die beabsichtigten Maßnahmen wird folgendes gemeldet:

Die Gütertarife und die Personentarife können

bis zu 50 Prozent erhöht

werden. Die Erhöhung erfolgt in der Form eines allgemeinen prozentualen Zuschlages.

Im Güter- und Tierverkehr wird die Tariferhöhung durch Zuschläge von 50 Prozent auf alle Frachtsätze durchgeführt. So wird z. B. der Streckensatz für das Tonnenkilometer bei Eilgut bei 400 Kilometer Entfernung sich von 33,12 Pfg. auf 49,68 Pfg. erhöhen. In gleichem Maße steigen die Abfertigungsgebühren. Notwendig ist die Erhöhung infolge der starken bisherigen Fehlbeträge. Im Voranschlag für 1919 waren die Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr auf 4 627 000 000 Mk. geschätzt, sie werden aber nur 3 570 000 000 Mk. bringen. Die Ausgaben, die auf 4 864 000 000 Mk. geschätzt sind, sind auf 6 476 000 000 Mk. gestiegen. Die Ursachen für diese Entwicklung sind bekannt. Eigentlich hätte eine Erhöhung der Tarife um 100 Prozent erfolgen müssen, um die Staatsbahn lebensfähig zu erhalten.

Im Personenverkehr erfolgt ebenfalls eine Tariferhöhung um 50 Prozent. Die Erhöhung umfaßt Fahrpreise, Schnellzugzuschläge und Schnellzugsmindestfahrpreise, Hundekarten, Gepäck- und Expreßgut-Frachten und die Preise für die Gestellung von Sonderwagen. Für später ist beabsichtigt, ein Zweiklassensystem durchzuführen, dessen Ausführung eine besondere Studienkommission zurzeit vorbereitet. Vom 1. Oktober ab wird der neue Preis durch Ueberstempelung der Karten ersichtlich sein.

Die Kilometersätze im Personenverkehr erhöhen sich in der 1. Klasse von 18 auf 27 Pfg., in der zweiten Klasse von 7,98 auf 11,97 Pfg., in der dritten Klasse von 4,81 auf 7,215 Pfg., in der vierten Klasse von 3 auf 4,5 Pfg. Militärfahrkarten werden nicht erhöht.

Caillaux' Annäherungsversuch im Jahre 1911.

Bekanntgabe wichtiger diplomatischer Aktenstücke.

In den letzten Jahren haben die französischen Zeitungen wiederholt die Existenz diplomatischer Aktenstücke angedeutet, die als „grüne Dokumente" — so benannt nach dem grünen Papier, auf dem ihr Wortlaut in Uebersetzung festgelegt wurde —, bekannt geworden sind. Der einstige Leiter des „Figaro", Calmette, erwähnte die Dokumente 1914 als erster in seiner Fehde gegen Caillaux, kurz ehe er von Frau Caillaux erschossen wurde. Nach der Verhaftung Caillaux' war aufs neue die Rede davon, und kürzlich wurden die „grünen Dokumente" im Anschluß an die Indetaffäre wieder genannt. Man wußte, daß es sich um Depeschen handelte, die zwischen der deutschen Botschaft in Paris und dem Berliner Auswärtigen Amt gewechselt und von der französischen Regierung dechiffriert worden waren. Und man nahm an, daß ihr Inhalt für Caillaux schwer belastend sei. Aber dieser Inhalt war nur wenigen Eingeweihten bekannt geworden.

Jetzt hat der Generalsekretär der französischen Liga der Menschenrechte, Henri Guernut, die beiden wichtigsten der drei „grünen Dokumente" durch die Radio-Agentur veröffentlicht. Er verfolgt damit in erster Linie den Zweck,

eine Fälschung

nachzuweisen, deren Opfer Caillaux geworden ist. Der Inhalt der Dokumente wird jedoch, über diesen Augenblickszweck hinaus, Interesse erregen und auch in Deutschland sehr beachtet werden.

Caillaux' Verständigungsvorschlag.

Die „Voss. Ztg." gibt zunächst das erste Dokument in genauer Rückübersetzung wieder:

Nr. 214.
Geheim! Paris, 27. Juli 1911, 2 Uhr 35.

Auswärtiges Amt, Berlin.

Caillaux hat Fondère beauftragt, die Botschaft wissen zu lassen, daß er aufrichtig eine Verständigung mit uns wünscht und daß er am liebsten zu einer großzügigen Vereinbarung gelangen möchte, durch die alle Zwistigkeiten, die in den letzten Jahren zwischen uns entstanden sind, beseitigt würden. Das würde es ihm erleichtern, vor der öffentlichen Meinung die Abtretung von Kolonialgebieten zu rechtfertigen, indem er den eminenten Vorteil zeigen könnte, den die Beseitigung aller zwischen uns bestehenden Reibungspunkten bedeuten würde. Je größeren Umfang das Abkommen hätte, je verschiedenere Gegenstände es beträfe, um so entgegenkommender könnte Frankreich sich bei der Abtretung von Kolonialgebiet zeigen, während ein auf Marokko und der Kongo beschränkter Tauschhandel hier den Eindruck einer Demütigung auslösen würde und kaum in einer für uns zufriedenstellenden Form verwirklicht werden könnte.

Caillaux ersucht dann, daß man bei uns feststellen wolle, welche Wünsche auf möglichst verschiedenen Gebieten bestehen. Er denkt — obgleich es sich da nur um kleine Zugeständnisse handle — an einen deutschen Präsidenten der osmanischen Staatsschuldenverwaltung, an die Wiederabtretung des Anteils von 30 v. H. an der Bagdadbahn, an die Pariser Börse, an eine Verständigung über die orientalischen Eisenbahnen. Er hat auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt, uns die französischen Besitzungen in Ozeanien abzutreten.

Ich lasse morgen mittag den Botschaftsrat abreisen, damit er Ihnen mündlich Bericht erstattet.

Caillaux ersucht inständig, nichts von seinen Eröffnungen zur Kenntnis Cambons gelangen zu lassen.

Schön."

Zum Verständnis dieser Depesche erinnert die „Voss. Ztg." daran, daß Deutschland am 1. Juli 1911 den „Panther" nach Agadir gesandt hatte und das seit dem 26. Juni im Amt befindliche Kabinett Caillaux daraufhin Verhandlungen eröffnete, in denen Deutschland sich bereit zeigte, die Sonderstellung Frankreichs in Marokko gegen Abtretung von französischem Kolonialbesitz anzuerkennen. Caillaux wollte, wie die obige Depesche beweist, diese Gelegenheit benutzen, um eine umfassende Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen, und der deutsche Botschafter in Paris, Freiherr v. Schön, hielt die Anregung des französischen Ministerpräsidenten für so bedeutsam, daß er sofort den Botschaftsrat Freiherrn v. d. Lancken zur mündlichen Berichterstattung nach Berlin sandte. Es wäre interessant, zu erfahren, warum die von Caillaux angeregte Verständigung nicht erreicht worden ist.

Die Fälschung des Dokuments.

Aus den Erläuterungen, die der Generalsekretär der „Liga der Menschenrechte" den Dokumenten beigefügt hat, geht hervor, daß der deutsche Botschaftsrat den Spezialisten für die Kongofragen Fondère am 25. Juli 1911 zu sich gebeten hat. Die Initiative der Unterhaltung sei also vom Freiherrn v. d. Lancken ausgegangen. Caillaux habe Fondère beauftragt, der Aufforderung des Botschaftsrats zu folgen und festzustellen, was die Deutschen wollen. Caillaux bestreitet entschieden, daß er die deutsche Botschaft ersucht habe, seine Eröffnungen dem französischen Botschafter in Berlin Cambon zu verheimlichen. Guernut versichert, Freiherr v. d. Lancken habe Caillaux im Februar 1912 gestanden,

daß er „gelogen"

habe. Ueberdies habe Caillaux am 29. Juli 1911 seinen beigeordneten Kabinettschef Pietri nach Berlin geschickt, um Cambon von der Aussprache Lancken-Fondère zu unterrichten.

Die Fälschung des Dokuments besteht darin, daß in der Clemenceau vorgelegten Uebersetzung der Depesche Schöns die Worte „in den letzten Jahren" fehlen. Clemenceau, der damals Vorsitzender des Senatsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten war, wurde dadurch, wie Guernut betont, zu der Ueberzeugung gebracht, daß Caillaux auch über Elsaß-Lothringen und die Anerkennung des Frankfurter Friedens mit Deutschland verhandeln wollte.

Bethmann Hollweg dankt Caillaux.

Das zweite Dokument ist ein Telegramm, das der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 14. November 1911 — also etwa fünf Wochen nach Abschluß der deutsch-französischen Marokkoverhandlungen — an den Freiherrn v. Schön richtete. Es lautet in genauer Rückübersetzung:

„Berlin, 14. November 1911.

Nr. 245. — Antwort auf Telegramm Nr. 369.

Ew. Exzellenz wollen Caillaux meinen aufrichtigen Dank für die Bewunderung, die er meiner Reichstagsrede gezollt hat, übermitteln. Ich glaube mit dem Minister einig zu sein in dem Wunsche, daß der Abschluß der marokkanischen Verhandlungen eine Grundlage für die vertrauensvolle, fortschreitende Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen bietet. Daher werde ich mich stets des Beistandes erinnern, den Caillaux persönlich, wie ich weiß, für einen glücklichen Abschluß der Verhandlungen geleistet hat.

Bethmann Hollweg."

Die hier erwähnte Kanzlerrede wurde am 9. November 1911, am ersten Tage der Reichstagsverhandlungen über das deutsch-französische Abkommen gehalten. Caillaux ist über dieses Telegramm am 11. März 1919 vernommen worden und hat dazu nach seiner von der „Liga der Menschenrechte" veröffentlichten Aussage erklärt, er habe bei einem Zusammentreffen mit Herrn v. Schön den Reichskanzler zu dem Mut, mit dem er „der Meute der Alldeutschen und des Kronprinzen" entgegengetreten sei, beglückwünscht. Er habe gebeten, dem Kanzler seine Glückwünsche zu übermitteln. Es sei kein Geheimnis gewesen, daß er den Ministerrat in ein „kollektives Ministerium des Aeußern" verwandelt habe, um die Verhandlungen mit Deutschland zu führen, und Cambon habe immer wieder betont, daß es sein, Caillaux', Verdienst sei, wenn eine Einigung erzielt wurde.

Der Wunsch Bethmann Hollwegs, daß die Vereinbarung über Marokko und Kongo die Grundlage für den „vertrauensvollen" Ausbau der deutsch-französischen Beziehungen bilden möge, steht in pikantem Gegensatz zu Caillaux' Warnung vor den voraussichtlichen Folgen einer Beschränkung des Abkommens auf Marokko und Kongo. Tatsächlich hat Caillaux ja recht behalten, denn das Wiedererwachen des französischen Chauvinismus, das von den Revanchards seit der Marokkoaffäre von 1905 mit wachsendem Erfolg bestrebt wurde muß vom Herbst 1911 datiert werden

Die Räumung des Baltikums.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Räumung des Baltikums wird weiter durchgeführt. Das freiwillige Reservekorps ist zurückgezogen worden. Das Gebiet südlich der Memel ist nunmehr frei von deutschen Truppen. Der Sitz des Generalkommandos des 6. Armeekorps ist von Mitau nach Janitschki zurückverlegt worden.

Friedrich Naumann:

Große Lebensfragen brauchen mehr als Klugheit, sie verlangen einen großen Glauben. (6115/1857)

Die Folgen der Räumung treten bereits ungünstig in die Erscheinung, wie folgende Meldung aus Mitau zeigt: Starke Banden ehemaliger Bolschewisten treiben nach Abzug der Deutschen in Kurland ihr Unwesen. So überfiel eine Bande bei Talsen Transportkolonnen von 40 Wagen, lettländische Soldaten und Regierungsbeamte. Sie wurden entwaffnet und als Geiseln in die Wälder geführt.

Deutsches Reich.

Berlins Besorgnisse vor Spartakus-Unruhen.

Berlin, 9. Sept. Die Nachrichten, daß die Spartakiden zu neuen Schlägen ausholen, mehren sich. Die Regierung hat Kenntnis davon, daß wohlorganisierte Spartakustruppen aufgestellt werden, für die eine rege Waffenbeschaffung erfolgt. Angesichts dieser Bewegung wird die Frage aufgeworfen, ob Berlin in ausreichender Weise gegen neue blutige Unruhen gesichert sei. Eingeweihte Kreise verneinen diese Frage. Die Regierung entlässt nicht nur ganze Kompagnien, sondern versetzt auch starke Truppenteile von Berlin nach der Provinz. Die Bevölkerung Berlins, in der sich eine täglich wachsende Beunruhigung bemerkbar macht, fordert daher von der Regierung eine ausreichende Stärke der Berliner Garnison, um jeder Ueberraschung gewachsen zu sein.

Ein Arbeiterrats-Vorsitzender als Schwerverbrecher.

Wegen schweren Einbruchdiebstahls wurde der ehemalige Vorsitzende des Arbeiterrates in Schiefelheim, Gerhard Buge, zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt und wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet. Er war früher unabhängiger Sozialist und neuerdings zu den Kommunisten übergegangen.

Chlorodont Zahnpaste macht die Zähne blendend weiß, wirkt antiseptisch, beseitigt Zahnstein sowie üblen Mundgeruch. Überall erhältlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190910033/fragment/page=0002